

# Gesetzblatt

## für die Freie Stadt Danzig

Nr. 15

Ausgegeben Danzig, den 5. Mai

1926

**Inhalt.** Gesetz betreffend die Rechtsverhältnisse von Pfandbriefen, die auf Deutsche Mark lauten (§. 123). — Verordnung über Änderung der Versorgungsgebühren vom 1. April 1926 ab (§. 125). — Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem internationalen Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (§. 125). — Beitritt Litauens zum Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (§. 125). — Ausdehnung des internationalen Abkommens über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf die Insel Alderney (§. 125).

33 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

### Gesetz

betreffend die Rechtsverhältnisse von Pfandbriefen, die auf Deutsche Mark lauten. Vom 3. 5. 1926.

#### § 1.

Für die Ansprüche aus Pfandbriefen von Grundkreditanstalten, die auf Deutsche Mark lauten, gelten die folgenden Bestimmungen:

#### § 2.

Die Befriedigung der im § 1 bezeichneten Ansprüche erfolgt ausschließlich aus einer hierzu zu bildenden Teilungsmasse. Die Gläubiger sind nicht berechtigt, zu anderen Zeiten und in anderer Höhe Ansprüche auf Befriedigung zu stellen, als durch Verteilung der Masse.

#### § 3.

Zur Teilungsmasse fließen:

- a) alle Werte, die zur Deckung für die auf Deutsche Mark lautenden Pfandbriefe bestimmt sind, nebst dem, was für sie und aus ihnen einkommt,
- b) das sonstige Vermögen der Anstalt.

#### § 4.

(1) Die von dem § 1 genannten Kreditanstalten ausgegebenen Tilgungshypotheken gelten fortan als gewöhnliche Darlehenshypotheken.

(2) Bei ihnen werden zur Berechnung des Goldmarkbetrages die geleisteten Tilgungsbeiträge wie folgt angerechnet:

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| bis 31. Dezember 1917 zum Nennwert |  |
| für 1918 mit 50 % des Nennwertes   |  |
| " 1919 " 10 % " "                  |  |
| " 1920 " 5 % " "                   |  |
| " 1921 " 2,5 % " "                 |  |
| " 1922 " 0,05 % des Nennwertes.    |  |

Die nach dem 31. Dezember 1922 entrichteten planmäßigen Tilgungsbeiträge bleiben außer Betracht.

#### § 5.

(1) Die zur Tilgungsmasse eingehenden Geldbeträge sind bis zu ihrer Ausschüttung verzinslich anzulegen.

(2) Der Senat kann eine andere Anlegung gestatten.

#### § 6.

(1) Von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an finden während der Dauer des Teilungsverfahrens die Satzungsvorschriften über

- a) die Deckung der Pfandbriefe durch einen gleich hohen Betrag von Hypotheken,
- b) die Eintragung der Deckung in Register oder Bücher,
- c) die Kündigung von Pfandbriefen,
- d) die Tilgungsfonds,

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages 13. 5. 1926.)

in Ansehung der Pfandbriefe und der Teilungsmasse keine Anwendung. Das Gleiche kann mit Genehmigung des Senats von den Kreditanstalten hinsichtlich anderer Satzungs Vorschriften bestimmt werden, welche mit der Durchführung des Verteilungsverfahrens nicht im Einklang stehen.

(2) Von dem Inkrafttreten dieses Gesetzes an finden auch Arreste und Zwangsvollstreckungen in die Teilungsmasse nicht statt.

## § 7.

(1) Die Verwaltung der Teilungsmasse erfolgt durch den Vorstand der Grundkreditanstalt und deren Staatskommissar, im Streitfalle entscheidet der Senat.

(2) Die auf Grund des Gesetzes betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899 (Reichsgesetzbl. S. 691) bestellten Vertreter der Gläubiger sind berechtigt, allmonatlich Auskunft über die Verwaltung der Teilungsmasse zu fordern.

## § 8.

(1) Die Teilungsmasse darf nur zur Befriedigung der in § 1 bezeichneten Ansprüche und zur Deckung der Kosten der Verwaltung verwendet werden.

(2) Die Höhe der Verwaltungskosten bestimmt der Staatskommissar. Gegen seine Entscheidung kann die des Senats angerufen werden.

## § 9.

(1) Die Teilungsmasse abzüglich der Verwaltungskosten wird gleichmäßig unter die Gläubiger im Verhältnis der Goldmarkbeträge ihrer Ansprüche (§§ 3 und 6 des Gesetzes über den Ausgleich der Geldentwertung vom 7. April 1925 — Gesetzbl. S. 111 —) verteilt.

(2) Zinsscheine der Pfandbriefe werden nicht eingelöst, neue Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

## § 10.

Der Schuldner kann vom 30. Juni 1926 an das Kapital der Hypothek in Pfandbriefen zurückzahlen, wenn er Pfandbriefe in der Menge leistet, die von der Grundkreditanstalt mit Zustimmung des Senats auf Grund des Verhältnisses des Gesamtbestandes der Teilungsmasse und des Goldmarkbetrages des Pfandbriefumlaufes öffentlich bekannt gemacht ist.

## § 11.

Mit der Verteilung ist zu beginnen, sobald nach der Entscheidung des Staatskommissars hinreichend Barmasse vorhanden ist. Teilzahlungen werden nur gegen Vorlegung, Schlußzahlung wird nur gegen Einlieferung der Pfandbriefe geleistet.

## § 12.

Bei Teilzahlungen sind die auf die nicht vorgelegten Pfandbriefe entfallenden Beträge von der Teilungsmasse zu trennen und als Sondermasse zu verwalten. Aus dieser sind auf die nachträglich, jedoch vor der Schlußverteilung, vorgelegten Pfandbriefe die gleichen Teilzahlungen zu leisten.

## § 13.

Von dem Senat ist der Zeitpunkt festzustellen, in welchem sämtliche Erträge und Leistungen der Teilungsmasse zugeflossen sind.

## § 14.

(1) Spätestens 6 Monate vor der Schlußverteilung sind diejenigen Pfandbrief-Gläubiger, die an den vorhergehenden Teilzahlungen mit teilgenommen haben, aufzufordern, binnen 4 Monaten ihre Ansprüche bei dem Vorstand unter Vorlegung der Pfandbriefe anzumelden.

(2) Das Aufgebot des Absatzes 1 ist im Danziger Staatsanzeiger und in je einer vom Vorstand zu bestimmenden reichsdeutschen und polnischen Zeitung zu veröffentlichen.

## § 15.

(1) Bei der Schlußverteilung werden nur diejenigen Pfandbriefe berücksichtigt, die entweder bei einer früheren Verteilung teilgenommen haben oder deren Gläubiger ihre Ansprüche gemäß § 14 angemeldet haben.

(2) Verspätet angemeldete Ansprüche können berücksichtigt werden, wenn die Verteilung dadurch nicht verzögert wird.

## § 16.

(1) Soweit in diesem Gesetz Bestimmungen getroffen sind, die dem Gesetz über den Ausgleich der Geldentwertung vom 7. April 1925 — Gesetzbl. S. 111 — widersprechen, wird das zuletzt genannte Gesetz insoweit abgeändert.

(2) Soweit bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Pfandbriefgläubiger auf Grund der alten Bestimmungen einen vollstreckbaren Titel gegen die Grundkreditanstalt erwirkt haben, findet aus diesem

eine Zwangsvollstreckung nicht statt. Anhängige Rechtsstreite werden nicht weiter durchgeführt. Die gerichtlichen Kosten trägt der Kläger, die außergerichtlichen werden gegeneinander aufgehoben.

## § 17.

Der Senat wird ermächtigt, die etwa erforderlich werdenden Durchführungsverordnungen zu erlassen.

Danzig, den 3. Mai 1926.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Volkmann.

34

**V e r o r d n u n g**

**über Änderung der Versorgungsgebührrnisse vom 1. April 1926 ab. Vom 26. 4. 1926.**

Gemäß Artikel IV des Gesetzes, betreffend Abänderung des Versorgungsgesetzes über die Versorgung der Militärpersonen usw. und anderer Versorgungsgesetze, vom 1. 10. 25 (Gesetzbl. 25 S. 267 ff.) wird die zu den Versorgungsgebührrnissen (Rente, Zusatzrente usw.) zu gewährende Rentenerhöhung mit Wirkung vom 1. April 1926 ab auf 19 v. H. festgesetzt.

Danzig, den 26. April 1926.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Wiercinski.

**35 Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem internationalen Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Vom 11. Oktober 1909.**

**Vom 27. 4. 1926.**

Auf Grund des Gesetzes vom 21. September 1922 (Gesetzbl. S. 444) wird hiermit verkündet:

Die Freie Stadt Danzig ist dem internationalen Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 11. Oktober 1909 beigetreten. Der Beitritt ist mit dem 1. Mai 1922 in Kraft getreten.

Danzig, den 27. April 1926.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Schwarz.

**36 Beitritt Litauens zum Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen.**

**Vom 27. 4. 1926.**

Litauen ist dem internationalen Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 11. Oktober 1909 mit Wirkung vom 1. Mai 1925 entsprechend dem Artikel 19 des Abkommens beigetreten.

Danzig, den 27. April 1926.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Schwarz.

**37 Ausdehnung des internationalen Abkommens über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf die Insel Alderney.**

**Vom 27. 4. 1926.**

Die britische Regierung hat die Ausdehnung des internationalen Abkommens über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 11. Oktober 1909 auf die Insel Alderney angezeigt. Das Abkommen verpflichtet die Insel Alderney vom 1. Mai 1924 an gemäß Artikel 11 des Abkommens.

Danzig, den 27. April 1926.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Sahm.

Dr. Schwarz.

Bezugsgebühren vierteljährlich a) für das Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig Ausgabe A u. B je 3,00 G, b) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil I Ausgabe A u. B je 2,25 G, c) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil II 3,00 G. Bestellungen haben bei der zuständigen Postanstalt zu erfolgen. Für Beamte (siehe Staatsanz. f. 1922, Nr. 87) Bezugspreis zu a) 1,80 G, zu b) 1,20 G.

Einrückungsgebühren betragen für die zweigespaltene Zeile oder deren Raum = 0,40 Gulden.

Belegblätter und einzelne Stücke werden zu den Selbstkosten berechnet.

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesetzblattes und Staatsanzeigers. — Druck von A. Schroth in Danzig.

